

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Bezugpreis: monatl. 60 Mk., durch die Postträger frei ins Haus; durch die Post direkt: 70 Mk., monatl. 70 Mk.  
Anzeigenpreis (einschl. Einzelerwerb): im Wochenblatt: für 10 Zeilen 7 Mk., monatl. 20 Mk., im Wochenblatt für 10 Zeilen 22 Mk., monatl. 40 Mk., im Wochenblatt für 20 Zeilen 32 Mk., monatl. 50 Mk.  
Verlags-Nr.: 12225.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. rädlichen Behörden in Schneeberg, Böhmh., Neustädte, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.  
Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.  
**Verlag E. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.**  
Fernsprecher: Aue 21, Böhmh. (am Aue) 40, Schneeberg 10, Schwarzenberg 15, Grünhain 13, Neustädte 14, Johanngeorgenstadt 15, Johanngeorgenstadt 15.

Anzeigen-Nr.: Nr. 12225  
Zusatz-Nr.: Nr. 12225  
Zusatz-Nr.: Nr. 12225

Nr. 213.

Dienstag, den 12. September 1922.

75. Jahrg.

## Böhmh.

**Mittwoch, den 13. September bis Freitag, den 15. September 1922.**  
Alles Nähere an den Plakattafeln!  
Böhmh., am 9. September 1922.  
**Der Rat der Stadt.**

## Brotmarken-Ausgabe

In der Lebensmittelabteilung  
Mittwoch, den 13. September bis Freitag, den 15. September 1922.  
Alles Nähere an den Plakattafeln!  
Böhmh., am 9. September 1922.  
**Der Rat der Stadt.**

## Schwarzenberg.

Die Verwaltung für Kinder bis zum 6. Lebensjahre für Schwarzenberg mit den Stadtteilen Schönfeld und Wilsenau findet **Mittwoch, den 13. Septbr. 1922, nachm. von 4—8 Uhr und Stillschaltung nachm. von 3—4 Uhr im Wohlfahrtsamt — Torbrückhaus — Hall.** Im Neuwelt ist die Beratungsstunde am **Donnerstag, den 7. Septbr. 1922, nachm. 3—4 Uhr**, im Pfarrhaus Neuwelt.  
Schwarzenberg, den 11. September 1922.  
**Der Rat der Stadt. — Wohlfahrtsamt.**

## Mutterberatungsstelle.

Ein deutscher Bagger, männlich, geb. etwa 2 Jahre alt, mit Halsband, aber ohne Steuermarks, ist heute hier zugelassen.  
Schwarzenberg, am 9. September 1922.  
**Der Gemeindevorstand.**

## Neustädte.

In der Zeit vom 12. bis 22. September 1922 findet in den Abendstunden eine **Karlshausung** der freiwilligen Feuerwehr statt. Das Angriffsobjekt wird durch Rotfeuer bezeichnet.  
Zur Vermeidung von Beunruhigung der Einwohnerschaft wird dieses bekannt gemacht.  
Neustädte, den 7. September 1922.  
**Der Stadtrat.**

## Allarmübung.

Auf dem Schultplatz an der Karlsbader Straße hinter dem Schützenhaus sind bis auf weiteres Schult nicht mehr abgeladen werden. Dafür können Schultmassen auf dem Platz neben der Rollen Mühle in Sachsenfeld zur Anschließung gelangen.  
Schwarzenberg, am 8. September 1922.  
**Der Rat der Stadt. — Stadtbauamt.**

## Ein deutscher Bagger.

**Chargierten-Versammlung** für sämtliche Chargierten der I. und II. freim. Feuerwehr, sowie der Pflichtfeuerwehr findet  
**Mittwoch, den 13. September abends 8 Uhr,**  
im Restaurant „Zum Trummer“ Hall.  
Erscheinen Aller ist notwendig.  
**Die Branddirektion.**

## Feuerwehr Schneeberg.

Die Ergebnisse der thüringischen Kreisratswahlen (Stadtverordnetenwahlen) vom 10. September sind bisher folgende:  
**Sachsen:** Es wurden abgegeben 11 600 nichtsozialistische Stimmen und 10 600 sozialistische.  
**Weimar:** Bürgerbund 17 Mandate, Demokraten 6—7, Sozialdemokraten 10, Kommunisten 5.  
**Jena:** Bürgerliche 20 Mandate, Sozialdemokraten 21 Mandate.  
**Eisenach:** Bürgerliche 27, Sozialisten 20 Mandate.  
**Greiz:** Bürgerliche 11 027, Sozialdemokraten 7438, Kommunisten 1436 Stimmen.  
**Schleiz:** Bürgerliche 1731, Sozialdemokraten 837.  
**Kornfedder:** Bürgerliche 16, Sozialisten 15 Mandate.  
**Apolda:** Bürgerliche 18, Sozialisten 8, Kommunisten 3 Mandate.  
**Leinrode:** Bürgerliche 3472, Sozialdemokraten 3011, Kommunisten 559 Stimmen.  
**Altenburg:** Sozialdemokraten 10 905, Unabhängige 1568, Kommunisten 849, Demokraten 2122, Wirtschaftliche Vereinigung 7938.

## Neuer Räterummel.

Es. Die Not des Volkes ist das Wasser auf die Mühle der Internationalisten. Als nach der glorreichen Revolution von 1918 das Meer ins Land zurückströmte und den Arbeitsmarkt überflutete, führten die Kommunisten ihre politische Konjunktur heranziehen. Bis ins Frühjahr 1919 hinein schenkte die deutsche Oligarchie dem Räterummel höhere Aufmerksamkeit als der in der Weimarer Republik sich abspielenden Nationalversammlung. Der Räterummel ist damals gestoben, weil — trotz allen außerpolitischen Feinds — im Innern ein gewisser Gleichgewichtszustand eintrat. Die Straßen der Großstädte nicht mehr von Arbeitslosen besetzt waren, und fast alle Schichten des Volkes den Anschluss an das große Geldverdienenden gewannen. Die kommunistische Partei Deutschlands hat all die Jahre seither — eingestandenemmaßen in enger Fühlung mit Moskau — jeden Anlauf (Rapp-Prüfung, Ermordung Engelberts und Rabenhaus) benutzt, um die Massen für das russische Räterideal wiederzugewinnen. In diesem Jahre erst kam man ein, daß sich eine neue „richtiggehende Revolution“ nicht einfach vom Zaun brechen lasse, sondern daß es einer neuen großen Konjunktur bedürfte, um die Räterbewegung wieder in Fluss zu bringen. Um die Konjunktur nun, sobald sie sich zeigen sollte, verstärken und ausnutzen zu können, wurde an die radikale Arbeiterschaft die Parole ausgegeben, nicht wie bisher die Gewerkschaften durch Massenaustritte innerlich auszuheben, sondern im Gegenteil durch Zugang zu fördern und dann zu erobern. Die Gewerkschaften sollten der Vorspann für uferlose Forderungen der Massen werden und die Gegenkräfte zwischen Produzenten und Arbeitern mit allen Mitteln vertiefen. Die alten — ruhigen Erwägungen durchaus zugänglichen — Gewerkschaftsführer wurden teils durch aktivistische Kräfte abgelöst, teils aber auch gesungenen, Forderungen zu vertreten, mit denen sie selbst in ihrem Innern garnicht sympathisieren konnten.  
Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Kommunisten an die Not des kommenden Spätherbstes und Winters weitgehende Erwartungen knüpfen. Viele ihrer maßlosen, jeder wirtschaftlichen Vernunft entbehrenden Forderungen haben sie bereits den Vertretern der Gewerkschaften suggeriert. Dr. Wirth, der den Beinamen des „Kanzlers der Gewerkschaften“ als einen Ehrentitel empfindet, und den die Gewerkschaftsführer vor Eintritt in die materiellen Unterhandlungen ihres unerminderten Vertrauens versichert hatten, vermeidet es ängstlich, ein offenes Wort über die Lage und gegen die unmöglichen Forderungen der Massen zu sprechen. So konnte es nicht ausbleiben, daß den radikalen Drahtziehern der Not schwellt. Die Forderungen, welche die „rote Fahne“ als Sprachrohr des moskowitzisch orientierten Kommunismus in ihrer Nummer vom Freitag morgen erhob, ähneln in hohem Grade den wirtschaftspolitischen Programmpunkten der Räterkonferenz von Ende 1918 und Anfang 1919: Beschlagnahme der Lebensmittel und lebensnotwendiger Bedarfsartikel, Kontrolle der Produktion, Bewirtschaftung der Zukunftsorgane der Arbeiterschaft und als politische Voraussetzung hierfür: Auflösung des Reichstages und Bildung einer Arbeiterregierung. Die kommunistische Presse veröffentlicht im Stille der früheren Hooverbesprechungen über die „Kampfvereinstätigkeit der Arbeiterschaft“. Das erst jüngst eingeführte Uebersehensabkommen im Bergbau soll über den Haufen geworfen werden, damit nur ja nichts geschieht, was den Eintritt der Wirtschaftskatastrophe verhindern oder auch nur verzögern könnte. Das Kabinett Wirth aber glaubt, durch Verhandeln den vorstehenden Radikalismus befähigen zu können. Säge es den innersten Grund, warum den kommunistischen Einnengenüssen so viele Deutsche nachgelaufen beginnen, so wüßte es, was es zu tun hätte. Eine mannhafte Parole in der Außenpolitik würde viele von denen, die sich seit Jahren ohnegelähnt nach deutschen Taten sehnen, in die Gefolgschaft eines mutigen Staatmannes zurückführen. Je zäher die amtliche deutsche Politik sich nicht zeigt, je lauter erntet der Ruf nach den Räten. Es ist sehr die Frage, ob das Reich einen abermächtigten Räten. mel so glimpflich überläßt wie denjenigen der Jahre 1918/19.  
Berlin, 10. Sept. Das Korrespondenzblatt des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich dagegen, daß von kommunistischer Seite verlangt wird, einen Reichsobersteuerrat einzusetzen. Das Blatt erklärt, daß hinter der gestrigen Versamm-

lung der Berliner Betriebsräte nichts anderes steht als die Zentrale der kommunistischen Partei, welche die gegenwärtige Regierung beunruhigen wolle, um ihr Räte system zu verwirklichen.

## Nach keine Einigung mit Belgien.

Berlin, 10. Sept. Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Delegierten in der Frage der Schatzwechsel wurden zu Ende geführt. Ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Schatzwechsel über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

## Paris, 10. Sept. Ueber die deutschen Vorschläge will das „R. T.“ erfahren haben, daß die Gesamtlumme der in den nächsten sechs Monaten zu regelnden Verpflichtungen von 270 Millionen Goldmark in drei Gruppen von je 90 Millionen geteilt werden solle, wofür Schatzwechsel mit verschiedenen Laufzeiten von 6 bis 18 Monaten ausgestellt werden sollten.

Berlin, 10. Sept. Reichsminister Dr. Wirth hielt heute nachmittag anlässlich eines Empfangs des Oberschlesischen Hilfskomitees beim Reichspräsidenten eine politische Ansprache, in der auf die außenpolitische Lage Deutschlands, insbesondere auf das Reparationsproblem, eingegangen wurde. Die tiefe Bedeutung der Reparationsfrage habe darin, den Ordnungen des Wiederentstandenen Europas und der Welt aus den Händen der Sachpolitiker hindern zu verhindern auf ein Gebiet, wo eine nächste, wirtschaftlich rechtfertigbare Erwägung die Vorherzucht habe. Trotz der gemachten Fortschritte werde dieser Gedanke mitunter wieder überhandeln. So habe die belgische Regierung eine Einigung in der Frage der Verlängerung der Schatzwechsel vorläufig unmöglich gemacht, weil sie sich an den Buchstaben der Entscheidung der Reparationskommission klammert und erklärt, über die Laufzeit von sechs Monaten nicht hinausgehen zu können. Was heißt Deutschland aber Schatzwechsel auf sechs Monate, die im Februar nächsten Jahres, wahrscheinlich in der schwierigsten Zeit, die Deutschland zu durchlaufen haben wird, fällig werden? Noch einmal seien also politische Erwägungen vor die wirtschaftlichen getreten. Deutschland und die deutsche Wirtschaft könnten jedoch nur tragen, was wirtschaftlich möglich ist. Bis diese Erkenntnis sich in Europa durchgerungen haben werde, müsse Deutschland alle finanziellen Energie aufbringen, um in einem Zusammenwirken aller Kräfte von Nord und Süd als eine einzige Nation die schwere Aufgabe zu meistern. Im Vordergrund soll die Sorge um das große Problem der Erhaltung der deutschen Nation stehen.

Bremen, 10. Sept. Zu dem Bericht, wonach Präsident Heinlein vom Norddeutschen Lloyd und Hugo Stinnes beim Reichsfinanzminister über den Abschluß eines Wiederaufbauvertrages mit Belgien und die Regelung belgischer Schiffahrtstrassen in Antwerpen verhandelt hätten, wird der „Weser-Zeitung“ vom Präsidenten Heinlein mitgeteilt, daß ihm von solchen Verhandlungen nichts bekannt sei.

## Für die Kruppen der Armen.

Berlin, 10. Sept. Ueber die Aussprache, die in der vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses über den Vertrag Stinnes-Lubersack stattgefunden hat, berichtet die Zeit. Union folgende Einzelheiten: Nachdem der Abgeordnete Pöhlert die Angriffe des Abgeordneten Hofenseld (L. S. P.) gegen das Stinnes-Abkommen zurückgewiesen hatte, ergreift der Abgeordnete Stinnes zur Erläuterung dieses Vertrages selbst das Wort und führt u. a. aus, daß man französischerseits mehrfach an ihn herangetreten sei, ein derartiges Abkommen zu schließen. Bezüglich der gegen diesen Vertrag erhobenen Einwände wies er auf das Vertrauen hin, das die französische Wirtschaft ohne Zweifel zur deutschen Wirtschaft habe, und das in der Zuverlässigkeit und Loyalität der deutschen Privatwirtschaft bestünde. Hinsichtlich des vielbesprochenen sechsprozentigen Aufschlags, der von vornherein von der französischen Regierung zuzulassen zugesagt worden war und deshalb in gleicher Höhe auf der deutschen Seite des Vertrages erscheinen mußte, erklärte Stinnes, daß sowohl Lubersack als er sich vertraglich verpflichtet hätten, aus dem ganzen Abkommen keinen Pfennig Gewinn für sich selbst zu erzielen. Er sei schon lange festgelegt, daß die prozentige Provision, aus denen die Velle der linken Willardengewinne herausgerechnet hätte, ganz für die Kruppen der Armen in Deutschland bestimmt seien.

## Bürgerliche Bahlerfolge.

Die Ergebnisse der thüringischen Kreisratswahlen (Stadtverordnetenwahlen) vom 10. September sind bisher folgende:  
**Sachsen:** Es wurden abgegeben 11 600 nichtsozialistische Stimmen und 10 600 sozialistische.  
**Weimar:** Bürgerbund 17 Mandate, Demokraten 6—7, Sozialdemokraten 10, Kommunisten 5.  
**Jena:** Bürgerliche 20 Mandate, Sozialdemokraten 21 Mandate.  
**Eisenach:** Bürgerliche 27, Sozialisten 20 Mandate.  
**Greiz:** Bürgerliche 11 027, Sozialdemokraten 7438, Kommunisten 1436 Stimmen.  
**Schleiz:** Bürgerliche 1731, Sozialdemokraten 837.  
**Kornfedder:** Bürgerliche 16, Sozialisten 15 Mandate.  
**Apolda:** Bürgerliche 18, Sozialisten 8, Kommunisten 3 Mandate.  
**Leinrode:** Bürgerliche 3472, Sozialdemokraten 3011, Kommunisten 559 Stimmen.  
**Altenburg:** Sozialdemokraten 10 905, Unabhängige 1568, Kommunisten 849, Demokraten 2122, Wirtschaftliche Vereinigung 7938.

## Paris, 10. Sept. Ueber die Katastrophe in Oberschlesien.

Berlin, 10. Sept. Ueber die katastrophale Verkehrs- und Wirtschaftslage in Oberschlesien veröffentlicht die Warschauer „Kurier Post“ einen aufsehenerregenden Bericht ihres nach Oberschlesien entsandten Mitarbeiters. Der Bericht stellt fest, daß 19 000 Kohlenwagen auf den Eisenbahnteilen liegen und nicht verladen werden können. Er nennt die Verpflegungsverhältnisse bedrohlich. Brot, Kartoffeln und Fleisch fehlen, ebenso umlaufendes Geld. Die Eisenbahnhaltungen haben sich entgegen den amtlichen Meldungen in letzter Zeit so verschlechtert, daß Oberschlesien unmittelbar vor einer Katastrophe steht.

## Smyna in Türkenhand.

Paris, 10. Sept. Das Ratministerium empfangt eine Depesche aus Smyna, wonach Smyna durch die zweite türkische Kavalleriedivision besetzt worden ist. Alles verlief ruhig und ohne die geringste Anfechtung der Türken.  
Paris, 10. Sept. Smyna wurde gestern von den kaiserlichen Truppen besetzt. Die 2 türkische Kavalleriedivision betrat unter Führung von Hacı Bey als erste die Stadt. Es scheint, daß die Ueberrumpfung ohne jedes Blutvergießen vollzogen wurde. Die Griechen scheinen es ausgegeben zu haben, sich zu schicken. Die Lage in Smyna ist außerordentlich schwierig. Die englischen Unteroffiziere, etwa 6000 an der Zahl, wurden nach Bonha, acht Kilometer von Smyna entfernt, gedrängt. Die Türken bombardierten den Hafen von Tourbal an der Eisenbahnlinie nach Adana, 50 Kilometer von Smyna entfernt. Tausende von Griechen und armenische Soldaten zündeten auf ihrer Flucht alle Häuser an. Große Plünderungen und Mordtaten werden gemeldet, aber es scheint nicht, daß die allerten Kartingente irgendein Geschäft gewinnen könnten. Außerordentlich wird die Lage dadurch, daß die beiden Eisenbahnlinien ausschließlich den griechischen Truppen zu ihrer Flucht zur Verfügung stehen und daß die fremden Staatsangehörigen sich nur auf zufällig aufgetriebenen Wagen flüchten können.  
Der Zustand der Flüchtlinge aus Smyna scheint jeder Beschreibung zu spotten. Hunderttausende befinden sich im Hafen und haben die Möglichkeit einer Ueberfahrt, die aber nicht vorhanden ist. Die griechischen Schiffe sind kaum in der Lage, die Truppen, die aus Adana nach Europa gebracht werden sollen, zu beschleunigen. Die Truppen werden alle auf die Inseln Samos und Rhodos gebracht, wo sie sofort demobilisiert werden sollen. Nur die Jahrgänge 10, 11 und 12 werden unter den Fahnen gelassen.  
Paris, 10. Sept. „Petit Parisien“ meldet, es seien Telegramme eingegangen, wonach die griechischen Behörden im Bezirk von Digma an der asiatischen Küste des Paroskanals aus der Dardanellen die Oegeden verlassen hätten und durch eine einzige Kontingente ersetzt seien. Die Nachricht sei bisher noch ohne amtliche Bestätigung, aber das Blatt glaubt zu der Ge-